

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Heine, Fahrenbrach, Düsseldorf, Florafstr. 7, Tel. 127 52. Druck und Versand Joh. van Nien, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 19

Düsseldorf, den 14. Mai 1932

Versandort Krefeld



## Aus dem Geiste

M. Propheten, Revolutionäre und Reformatoren stehen auf. Allerorts und an allen Ecken. „Das System ist tot!“ So rufen sie, prophezeien und versprechen und sammeln Gefolgschaft. „Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat versagt!“ so klingt das Echo von Mund zu Mund und pflanzt sich fort in den Reihen der Arbeiterschaft. Es gärt und drängt. Neues will sich gestalten. Menschen, durch die Folgen der Krise aus Beruf und Erziehn gerissen und um Lebensinhalt und -ausgang gebracht, kämpfen, vergeblich kämpfend um Arbeit und Brot, suchen vergebens nach Zweck und Sinn dieser Wirtschaft, die ihnen keinen Raum und keine Schaffensmöglichkeit mehr bietet.

Propheten stehen auf, Revolutionäre und Reformatoren. Sie locken die Massen, versprechen und sagen wahr. Sie rufen zu Kampf und Radikalismus, zu Umsturz und Revolution, zu Reformation der Gewalt, Sozialismus und Kommunismus. Sie wollen zerschlagen und neu aufbauen, ein neues „System“, eine neue Ordnung schaffen. Und begeisterte Massen jubeln ihnen zu und glauben. Glauben, daß es so doch „besser werden müsse“ und leisten ihnen Gefolgschaft. Und wissen nicht, daß sie falschen Propheten folgen. — Denn die Lehren jener „Erneuerer“ bleiben am Äußereren haften, und ihre Programme sind im Letzten wohl, weil sie nur „Systeme“ sehen und schaffen wollen und nur Formen erneuern wollen, aber den geistigen Ursachen unserer Not nicht genügen.

Das aber ist der verhängnisvolle Irrtum unzähliger Menschen, daß sie die Ursachen unserer Not nur in der Form, nur im Äußereren sehen und glauben, mit der Wandlung dieser Form, mit der Schaffung eines neuen, anderen „Systems“, einer anderen Ordnung diese Not beheben zu können. Wir erleben diesen Irrtum tagtäglich. Im Sozialen und Politischen ebenso wie im Wirtschaftlichen. Im Streit um die soziale Gestaltung beherrscht er die Diskussion weiter Kreise der Öffentlichkeit. Im Kampf der Extreme gegen das politische „System“ zeigt er sich mit einer wahrhaft erschreckenden Verflachung des politischen Denkens, wie wir es in den Auseinandersetzungen der letzten Wochen feststellen mußten. Und nicht minder endlich beherrscht er die Auffassungen der Masse auf wirtschaftlichem Gebiete. Immer wieder sehen wir dieses Haftenbleiben am Nur-Äußerlichen.

Und wie die Meinungen und Lehren dieser falschen Propheten am Nur-Äußereren haften bleiben, so drängt auch ihr Reformstreben nicht zu den eigentlichen tieferen Ursachen unserer Not vor, und ist damit von Beginn an zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Denn nicht die äußere Form und das System der kapitalistischen Wirtschaft ist Ursache unserer Not und Ursache der Krise, die gegenwärtig diese Wirtschaft belastet, sondern der Geist, der diese Wirtschaftsentwicklung trug und erfüllte und der sich des Systems bediente, um sich ungehemmt auszuwirken: Das kapitalistisch-egoistische Macht- und Gewinnstreben, das unsere Wirtschaft beherrscht. Die Planlosigkeit und Maßlosigkeit, mit der diese Wirtschaftsentwicklung alle natürlichen Grenzen und Voraussetzungen überschritt, die Verantwortungslosigkeit, mit der sie über Menschen und soziale Belange hinwegging und die Rücksichtslosigkeit, mit der sie sich erfüllte, sind gekennzeichnet durch diesen kapitalistischen Geist, der sich im Nur-Materiellen, im Nur-Profitstreben erschöpft und alle moralischen Hemmungen und menschlichen Gesetze beiseite schiebt. Insbesondere die Arbeiterschaft verpürt die Auswirkungen dieses Geistes bitter am eigenen Leibe. Sie sieht sich bedenkenlos zum Nur-Ausbeutungs-Objekt dieser Wirtschaft gemacht. Sie sieht sich herabgewürdigt im Betrieb und in ihrer Arbeit zum Produktionsmittel, das man ohne Berücksichtigung menschlicher Interessen

## Frühlingsblick

Durch den Wald, den dunkeln, geht  
Hohe Frühlingsmorgenstunde,  
Durch den Wald vom Himmel weht  
Eine leise Liebeskünde.

Selig lauscht der grüne Baum,  
Und er taucht mit allen Zweigen  
In den schönen Frühlingsraum,  
In den vollen Lebensreigen.

Wird's vom hellen Tau getränkt,  
Das einsame, zittert froh,  
Daß der Himmel sein gedenkt.

Also in den Winterharm,  
Der die Seele hielt bezwungen,  
Ist ein Blick mir, still und warm,  
Frühlingsmächtig eingedrungen.

Diotans Senau.

nur als Kalkulationsfaktor wertet und als „Unkostmoment“ in Rechnung stellt, wie Maschinen und Produktionsmaterial. Sie erlebt, als Auswirkung dieser Betrachtungsweise, immer wieder den rücksichtslosen Lohndruck, der nur die „Belastung“ durch Lohn und Sozialbeiträge sieht und nicht nach sozialen Verpflichtungen fragt. Sie ist das Opfer jener übersteigerten sogenannten „Rationalisierung“, die um jeden Preis Löhne einspart und Arbeitskräfte übrigmacht; die den noch Arbeitenden beständig neue erhöhte Arbeitsleistung aufbürdet und Menschen aus dem Produktionsprozeß ausschließt — um Brot und Existenz brachte. Sie ist das Opfer. —

Engstirnig hat so dieses Nur-Profitstreben sich über soziale Interessen hinweggesetzt. Nur der anscheinend handgreifliche Profit war maßgebend, soziale und wirtschaftliche Bedenken wurden abgetan mit einer Handbewegung. Sozialreaktionäres Scharfmachtum gedieh zu üppiger Blüte. Soziale Verantwortungslosigkeit aber paarte sich mit wirtschaftlicher Verantwortungslosigkeit. Noch niemals nahm auch wirtschaftliche Verantwortungslosigkeit, von bedenkenloser persönlicher Ausbeutung der Betriebe bis zum bewußten Betrug üblicher Wirtschaftsmethoden, solchen Umfang an, wie unter dieser Entwicklung. Die Industriefiskandale der letzten Zeit reden dafür eine deutliche Sprache.

So wirkt dieser kapitalistische Geist sich aus bis zur wirtschaftlichen Selbstvernichtung, wie wir sie in den letzten Monaten mit Erschrecken gewahrt wurden. Er kennt weder Besinnung noch Vernunft, weder Moral noch sittliche Pflicht. Dieser Geist aber kann nicht überwunden werden durch gleichen Materialismus, der sich in äußeren Formwandlerungen erschöpft — und wäre selbst die praktische Verwirklichung dieser äußeren Formen möglich, sei es Sozialismus gleich welcher Art, sei es Kommunismus —, sondern nur durch eine ethisch höhere Wirtschaftsmoral, die wieder der Verantwortungspflicht und Verpflichtung zum Gemeinwohl zum Grundgesetz wirtschaftlichen Handelns und Strebens macht. Durch eine Wirtschaftsmoral, die — um jenes leider so oft gedankenlos ahgegriffene Wort zu gebrauchen — wirklich wieder den Menschen und das menschliche Persönlichkeitsstreben zum Ausgangspunkt und Mittelpunkt des Wirtschaftens macht. So kann die wirkliche Wandlung nur aus dem Geiste, aus der sittlich-moralischen Idee kommen. Alle anderen Reformen werden notwendigerweise im Materiellen steckenbleiben, aber keinen wahren Wandel bringen. Im Gegenteil: Das prak-

tische Beispiel des Kommunismus, Sowjetrußland, zeigt, daß eine rein materialistische Vergesellschaftung, die Ablösung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus, die Persönlichkeitswerte des Menschen noch viel rücksichtsloser und brutaler als jener unterbindet und völlig unterdrückt. Damit aber kann die Lösung der sozialen Frage niemals erreicht werden.

gen gegeben, die diese Lösung gewährleisten. Die christliche Wirtschaftsidee wurzelt nicht im Materiellen, im Diesseitigen, sondern in der höheren Verantwortung aller Menschen und ihrer Gleichheit vor Gott. Ihr oberstes Gebot von der Nächstenliebe ist Verantwortung und ihre Aufstellung von der Wirtschaft ist in dieser Verantwortung begründet. An erster Stelle alles Wirtschaftstrebens und über allem Eigennutz im Wirtschaften steht die Verpflichtung zum Gemeinwohl, die Verpflichtung von Mensch zu Mensch. Das zwingt wirtschaftliches Handeln zu verantwortlichem Handeln und steht als oberstes Gebot über allem Wirtschaften: Gemeinnutz vor Eigennutz!

Darin aber allein: in dieser Idee der Verantwortung im wirtschaftlichen Handeln, liegt die Überwindung des kapitalistischen Geistes und damit die Überwindung unserer Not begründet. Nicht Materialismus gegen Materialismus, sondern christliche Verantwortungslosigkeit gegen egoistische Verantwortungslosigkeit, Geist gegen Materie, ist die Parole. — Aus dem Geistigen, Weltanschaulichen und persönlich Verpflichtenden allein kann eine wahrhafte Erneuerung kommen, die an die Wurzel des Übels geht und von Grund auf neu gestaltet.

So ist es ein gedankenloser Irrtum, zu glauben, eine wirtschaftliche, politische oder soziale Bewegung „habe mit Weltanschauung nichts zu tun“. Eben in der Weltanschauung erhält diese Bewegung erst ihre Begründung und Berechtigung, im Weltanschaulichen ist sie fundiert und ohne dieses weltanschauliche Fundament von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Und insbesondere unsere Gewerkschaftsbewegung kann dieses weltanschauliche Fundament nicht entbehren. An ihm orientiert sich unsere Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Geschehnissen und unser Handeln. In ihm sind unsere sozialen Forderungen verankert. Aus dem Geiste erneuern wir, aus dem Geiste des Christentums.

Damit aber sind wir im guten Sinne viel radikaler als alle jene Phrasenradikalfisten, viel revolutionärer als alle Revolutionäre des Wortes und viel gründlicher als alle Reformatoren des Systems. Denn unser Radikalismus geht wirklich in des Wortes wahren Sinne an die Wurzel, reißt des Übels Wurzel aus. Und unsere Revolution ist Revolution, Umwandlung des Geistes, aus dem die Form wächst, unsere Reformation ist Wiederherstellung wahrhaft christlicher Grundsätze: soziale Verantwortungslosigkeit. Unsere Erneuerung begnügt sich nicht mit Umwandlungen am Äußereren, sondern greift ins Wesentliche, ins Fundament, das wir neu gestalten. Wir bekämpfen nicht nur die Symptome der Krankheit, an der unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben leidet, sondern die Krankheit selbst, die wir in ihrem Herd und Ursprung bekämpfen und beseitigen wollen.

Dieser Geist aber verpflichtet auch uns selbst. Er macht uns die Mitarbeit in der Bewegung zur sittlich-moralischen Pflicht, der wir uns nicht entziehen können. Er stellt auch bei uns selbst in der Wahrnehmung unserer Standesinteressen Gemeinwohl vor Eigennutz und ist Gesetz unseres Handelns. Niemand, dem diese positiven Werte unserer Bewegung erschlossen wurden, kann sich davon ausschließen. Wir alle müssen Träger des Geistes sein, in dem wir erneuern, Träger praktischen Christentums!

### Im alten Geleise

Der Vorstand und Hauptausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände tagte am 21. 4. 32 in Berlin. An Stelle des zurücktretenden Geheimen Kommerzienrats Ernst von Borjss wurde der Generaldirektor Dr. Karl Koettgen von den Siemens-Schuckert-Werken zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählt.

Wie bei jeder Arbeitgebertagung, so kam auch hier der neue Vorsitzende recht ausführlich auf die Sozialpolitik zu sprechen.

Die soziale Fürsorge verbleibe gegenwärtig 8,5 Milliarden Mark im Jahr, gegen rund 9 Milliarden im Jahre 1913. Das sei mehr als viermal soviel wie vor dem Kriege. Die Festsetzung des Lohnes — also des Epizenters für die Arbeitnehmer — erfolge durch den Staat. Die Kapitalbildung der Wirtschaft in Deutschland ruhe seit 14 Jahren fast vollständig. Wenn auch noch andere Ursachen die Entwicklung der Wirtschaft hemmen, so bürde doch eine Bekämpfung der sozialen Entwertungen für die deutsche Sozialpolitik und die deutschen Unternehmerverbände eine der wichtigsten Aufgaben.

Trotzdem bekannte sich der Vorsitzende grundsätzlich zum Gedanken der sozialen Fürsorge und wünschte im einzelnen einen ausreichenden Schutz der Angestellten und Arbeiter gegen die materiellen Folgen von Krankheit, Unfällen und Arbeitslosigkeit. Dabei wies er jedoch auf die arbeitsmoralischen Gefahren hin, die angeblich entstehen, wenn die Selbstverantwortung durch überspannte Fürsorge geschwächt wird. Die sozialen Leistungen seien mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Einklang zu bringen. Bei den Tarifverträgen müsse sich der Staat auf vermittelnde Hilfeleistung beschränken. Die Arbeitgeber seien bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung abzunehmen. Ein Hauptziel der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sei die Befreiung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen. Die Bestrebungen auf allgemeine Kürzung der Arbeitszeit wurden zurückgewiesen.

Mit diesen Programmpunkten hat der neue Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bewiesen, daß auch unter der neuen Leitung die Vereinigung im alten Geleise weiterfahren wird. „Abbau der Sozialversicherung, Befreiung der Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen“, das ist der kurze Sinn dieser gemeinsamen Ausführungen. Dabei sind dieselben reichlich widerprüchlich. Wenn der Herr Generaldirektor einerseits gegen die Höhe des Sozialstaats zu Felde zieht, andererseits sich dagegen für einen ausreichenden sozialen Schutz der Arbeiter und Angestellten einsetzt, dann klaffen da angelegentlich der gegenwärtigen sozialen Lage der Arbeitnehmer sehr starke Widersprüche. Der weitere Abbau des Sozialstaats kann nur verbunden sein mit weiteren Kürzungen der Versicherungsleistungen. Letztere sind jedoch in ihrer Höhe bereits derart beschnitten, daß Not und Verelendung in erschreckendem Maße um sich greifen haben. Trotzdem weitere Kürzungen zu fordern und dabei von ausreichendem sozialen Schutz zu reden, kommt geradezu einer Verhöhnung der Versicherten gleich.

Ein Vergleich der gegenwärtigen Sozialaufwendungen mit denen aus dem Jahre 1913 ist sehr leicht zu ziehen. Wenn man objektiv bleiben will, dann ist bei derartigen Vergleichen jedoch unbedingt notwendig, auf die völlig veränderten Verhältnisse gegenüber 1913 hinzuweisen. Heute haben wir ein Heer von 6 Millionen arbeitsloser Menschen zu unterhalten, 1913 konnten wir kaum Arbeitslosigkeit. Die über 3 Milliarden Mark, die diese Arbeitslosen benötigen, sind von dem 8,5-Milliarden-Etat beim Vergleich mit 1913 glatt zu streichen. Im Jahre 1913 war sich jeder Sozialpolitiker darüber klar, daß die Rentenversicherung — z. B. die Invalidenversicherung — im Jahre 1932 wesentlich höhere Aufwendungen erfordern würde wie damals. Die Invalidenversicherung bestand 1913 erst 22 Jahre. Jetzt besteht sie 42 Jahre. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Rentenbezieher um Hunderttausende größer geworden, teils durch Erreichung der Altersgrenze, teils durch Invalidität. Außerdem sind auch in diesem Zeitraum die Rechte auf höhere Leistungen durch vermehrte Beiträge bedeutend gestiegen. Ferner darf nicht verkannt werden, daß Krieg und Kriegsjolge den Gesundheitszustand der Bevölkerung recht ungünstig beeinflusst haben. Das wirkt sich naturgemäß

### Gegen weiteren Lohnabbau

Im Rahmen ihres großen Aufmarschplanes für den außenpolitischen Kampf Deutschlands hat die Reichsregierung im Dezember vorigen Jahres mit der 4. Notverordnung die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zwangsweise um 10 bis 15 v. H. gesenkt. Diese Zwangsmaßnahme wurde von den Betroffenen überhaupt nur hingenommen, weil sie einerseits die außenpolitische und weltwirtschaftliche Zielsetzung des Gesamtplanes bejahten und weil andererseits der Gesamtplan Maßnahmen vorsah, die zu einer entsprechenden Preissenkung führen sollten. Der Reichskanzler hat in jenen Tagen eindeutig erklärt, daß der durch die Notverordnung erzielte Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrecht erhalten bleiben kann, und daß eine Veränderung dieser Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen eine neue Lage schafft. Die Entwicklung von Löhnen und Preisen seit dem 1. Januar 1932 ergibt, daß der erstrebte und in Aussicht gestellte Ausgleich nur zum Teil erreicht ist.

Die Gewerkschaften wären somit berechtigt gewesen, zu dem von der Notverordnung bestimmten frühesten Ablauftermin (30. April 1932) die Lohn- und Gehaltsstarke zu kündigen und Ausgleichsforderungen zu stellen. Die Gewerkschaften haben allgemein davon abgesehen, weil sie die gegenwärtige Zeit mit ihrer durch schwerste innen- und außenpolitische Kämpfe bedingten völligen Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung am wenigsten für geeignet halten zur Ermittlung eines richtigen Lohnniveaus. Sie sind der Auffassung, daß jetzt erst einmal abgewartet werden muß, wie der seinem Höhepunkt zustrebende außenpolitische Kampf ausgeht, ob er die Voraussetzungen für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise und für die Wiederinangriffnahme der Weltwirtschaft herstellt oder ob er uns vor die Notwendigkeit stellt, für längere Zeit auf normale weltwirtschaftliche Beziehungen zu verzichten und zu einer im weitestgehenden Maße vom Weltmarkt unabhängigen Binnenwirtschaft überzugehen. Sobald diese Entscheidung so oder so gefallen ist, werden die Gewerkschaften um die Anpassung des Lohnniveaus an die dann bestehenden wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten kämpfen. Nun haben viele Arbeitgeberverbände zum 30. April die laufenden Lohn- und Gehaltsstarke gekündigt, um noch eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung zu erhalten, und sie haben auch die Manteltarifverträge gekündigt. Bedauernd ist, daß einige größere, führende Arbeitgeberverbände von der Kündigung abgesehen haben, daß aber alle diejenigen Tarifverträge gekündigt worden sind, die schon immer nur mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen zustande gebracht werden

konnten. Für eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung gibt es keine sachliche Begründung mehr.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der 4. Notverordnung mit der Lohn- und Preissenkung hatten doch den ausgesprochenen Zweck, der Welt zu beweisen, daß Deutschland selbst unter großen Opfern des ganzen Volkes bereit ist, seine Stellung als Ausfuhrland zu behaupten, um mit dem Ausfuhrüberschuß die privaten Auslandschulden zu verzinsen und zu amortisieren. Dieser Beweis ist erbracht. Die Arbeitnehmer haben die Senkung der Löhne und Gehälter auf sich genommen und Deutschland führt seine Erzeugnisse zu Preisen aus, die — volkswirtschaftlich gesehen — unter den Herstellungskosten liegen, also auf Kosten der Substanz gehen. Das trotzdem das Ausland unsere Waren — die einzigsten Werte, mit denen wir begahlen können — nicht nimmt und unsere Ausfuhrziffern sinken, daran sind nur die vielerlei Schranken, die man zur Fernhaltung der deutschen Waren errichtet hat, schuld. Jetzt kann es nicht Deutschlands Aufgabe sein, noch einmal Löhne, Gehälter und Preise zu senken, um damit automatisch neue und schärfere Abperrungsmaßnahmen gegen deutsche Waren auszulösen, sondern unsere Aufgabe muß sein, die sich von Tag zu Tag steigende Krisenerscheinung in der Welt auf unsere Gegner solange wirken zu lassen, bis sie der auch heute schon vorhandenen Erkenntnis zu folgen bereit sind, daß Deutschland seine privaten Schulden nur mit dem Ausfuhrüberschuß zahlen kann, daß man also entweder auf Zinsen aus Deutschland verzichten oder Deutschland in dem Umfange die Ausfuhr ermöglichen muß, wie man Zinszahlungen wünscht. Dieser Entscheidung kann und darf nicht ausweichen werden.

Angeht es dieser Sachlage ist jeder Versuch, Löhne und Gehälter noch weiter zu senken, wirtschaftlich sinnlos. Das hat auch das Reichsarbeitsministerium in seiner Auslassung vom 24. März 1932 mit folgenden Worten anerkannt:

„Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die 4. Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.“

Der Lohn- und Gehaltsabbau kann nicht mehr zur Steigerung der Ausfuhr führen, weil die erstrebte Wirkung sofort durch Zoll- oder sonstige Abperrungsmaßnahmen des Auslandes vereitelt werden würde, er kann aber auch nicht zur Belebung des jetzt immer wichtiger werdenden inneren Marktes führen, sondern seine einzige Folge wäre die weitere Schrumpfung des innerdeutschen Absatzes und damit auch die weitere Schrumpfung der Wirtschaft überhaupt.

auch auf die Beanspruchung unserer Sozialversicherung aus. Nehmen wir noch hinzu die gegenüber 1913 stark gesunkene Kaufkraft der Mark, dann dürfte der Sozialetat der Gegenwart im Vergleich mit demselben von 1913 gar nicht so große Unterschiede aufweisen.

Wenn die soziale Fürsorge in Deutschland wirklich überspannt wäre, wenn sie im Vergleich zum Jahre 1913 um das Vierfache gesteigert sein würde, dann müßte es den Unterhaltungs- und Rentenempfängern „eigenlich gar nicht schlecht“ gehen. Demgegenüber steht die Wirklichkeit ganz anders aus. Geradezu heroische Opfer der Not und Entbehrung müssen von Millionen deutscher Menschen trotz Sozialunterstützung Tag für Tag gebracht werden. Mancher in guter Stellung jüngerer würde zu ganz anderer Beurteilung dieser Dinge kommen, wenn er auch nur mal einen geringen Bruchteil dieser Opfer selber fragen müßte.

Die fehlende Kapitalbildung der Wirtschaft im Zusammenhang zu bringen mit der Sozialversicherung und

der staatlichen Lohnfestsetzung, ist durchaus daneben ge-griffen. Ihr standen in den letzten 14 Jahren ganz andere Hemmnisse im Wege. Bis 1924 war die Inflation, die die Bildung von Kapital unmöglich machte. Hernach setzte die übertriebene Rationalisierung ein, die zu ganz gewaltigen Fehlinvestitionen führte. Die Zusammenbrüche größter Werke und Konzerne aus der jüngsten Zeit haben dies klar gezeigt.

Das immer wiederkehrende Wort von der „über-spannten sozialen Fürsorge“ und von dem „starren Lohn“ zeigt ganz klar, daß man im Arbeitgeberlager mit der Wirtschaft nicht ein noch aus weiß. Es ist wesentlich einfacher, auf Sozialversicherung und Lohnpolitik zu schimpfen, denn damit erntet man auf derartigen Tagungen leicht Beifall. Die sogenannten „staatlichen Fesseln“ waren der Arbeiterschaft von jeher ein Dorn im Auge. Streift die gegenwärtige Krise diese Fesseln ab, dann ist man wieder „Herr im Hause“ R. W.

### Die Organisation der städt. Wohlfahrt

An die kommunale Wohlfahrtspflege werden, besonders in den letzten Jahren, sehr hohe Anforderungen gestellt. Die Zahl der Wohlfahrtsverordnungen, die von den Gemeinden befreit werden müssen, ist auf über 2 Millionen angewachsen. Ferner haben die Gemeinden die Verpflichtung, den jüngsten Teil des Aufwandes der Arbeitslosen zu ihren Mitteln anzubringen. Die kommunale Erwerbslosenfürsorge beansprucht in den Städten heute über die Hälfte aller Mittel für die gesamte Wohlfahrts-pflege. Die Zahl der Wohlfahrtsverordnungen ist größer als die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen-ver-sicherung oder der Krankenunterstützungsempfänger. Eine ganze Reihe von Arbeitslosen wird außerdem von den Gemeinden zusätzlich unterstützt. Darum können die Haushaltspläne der Städte häufig nur unter großen Schwierigkeiten aufgestellt werden. Aus diesem Grunde fordern die Städte eine Reform der Aufrechterhaltung für die Unterhaltung der Arbeitslosen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Wenn auch die Betreuung der Wohlfahrtsverordnungen in den Städten mehr als die Hälfte der Mittel für die Wohlfahrts-pflege beansprucht in Anspruch nimmt, so gibt es doch noch eine Reihe anderer Gebiete der gemeindlichen Wohlfahrtspflege, die ebenfalls nicht vernachlässigt werden dürfen. Zu der aus der Ver-tragszeit übernommenen Armenpflege kam nach Ausbruch des Krieges das städtische Kriegswohlfahrtswesen hinzu. Nach Sen-dung des Krieges entstand in der Fürsorge für die Kriegs-beraubten und Hinterbliebenen über die verunglückten ge-wandte Hilfe hinaus ein weiterer Zweig der kommunalen Wohlfahrts-pflege. Außerdem wurden die Städte bis in den In-ternationalen mittels gewandter älterer Kapitalgeber (Kleinfabrikanten) und einen Teil der Sozialrentner wirtschaftlich und gesundheitlich betreuen. Diese zahlreichen Aufgaben der kom-munalen Wohlfahrtspflege führten zu einer gewissen Zentralisie-rung, die erst in den Jahren 1922 bis 1924 durch verschiedene Ge-setze und Verordnungen beseitigt wurde. Dadurch wurde die rechtliche Grundlage der kommunalen Wohlfahrtspflege gescho-nen. Im Laufe der Jahre wurden die Bezirks- und Landesfürsorge-ver-bände in der Verwaltung über die Fürsorgepflicht nur nicht über Umfang und Inhalt der Fürsorge bestimmt. Darüber sollte die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages Grund-züge aufstellen. Diese Grundzüge über Voraussetzungen, Art und Weg der städtischen Fürsorge wurden am 4. Dezember 1924 er-lassen. Das Reichsgesetz über die Fürsorgepflicht vom Juli 1922 ist die Grundlage von Jugendrenten bis 1. April 1924 vor. Die ge-führten Bestimmungen haben allerdings keinen Neben-rang erlangt. Im Jahre 1925 wurde im Auftrag des Reichs-ministers der deutschen Städtepolitik eine Erhebung darüber

durchgeführt, die sich die Neuordnung der behördlichen Organi-sation der kommunalen Wohlfahrtspflege naheliegen hat. Auf Veranlassung des Deutschen Städtekongresses wurde am 1. April 1931 eine weitere Erhebung über die Verhältnisse in der Or-ganisation der kommunalen Wohlfahrtspflege veranlaßt. An dieser Erhebung beteiligten sich 81 von 96 befragten Städten mit einer Einwohnerzahl von über 50 000. Die Stadt Berlin ist von der Erhebung nicht erfaßt.

Die kommunale Wohlfahrtspflege ist in den einzelnen Städten durchaus nicht einheitlich organisiert. In großen und ganzen gibt es fünf Arten von Organisationsformen. In 45 Städten ist die gesamte städtische Wohlfahrtspflege in einem einzigen Amt zusammengefaßt, 4 Städte haben außer dem Wohlfahrtsamt ein selbständiges Jugendamt, in 29 Städten bestehen selbständig nebeneinander je ein Wohlfahrtsamt, Ju-gendamt und Gesundheitsamt. In weiteren 13 Städten gibt es außer dem Wohlfahrtsamt (einzelständiges Jugendamt) ein Gesundheitsamt, Wohlfahrt und Fürsorge sind in 3 Städten nebeneinander getrennt und bestehen selbständig nebeneinander. Nur zwei Städte sind in diesen fünf Organisationsformen nicht untergebracht, nämlich die Städte Chemnitz und Neuf. In Chemnitz besteht neben dem Wohlfahrtsamt noch ein selbständiges Kriegswohlfahrtsamt (Kriegsberaubten- und Erwerbslosenunterstützung) und in Neuf neben dem alle-zweck umfassenden Wohlfahrtsamt ein besonderes Amt für die Erwerbslosenfürsorge. In insgesamt 11 Städten ist im Rah-men des bestehenden Amtes ein Gesundheitsamt bzw. eine Stadtkrankenpflege vorhanden.

In vielen Städten besitzen neben diesen erwähnten Ein-richtungen noch andere Einrichtungen. So gibt es z. B. in Reichelshausen neben dem Wohlfahrtsamt noch zwei Altersheimen, in Karlsruhe sind dem Wohlfahrtsamt eine selbständige Gesundheitsbehörde, Jugendamt, Jugendheim, eine Stadtkrankenpflege und eine Vermögensverwaltung für Ge-heimheimstätten angegliedert. In Heidenau untersteht dem Wohlfahrtsamt auch die Verwaltung der Fürsorgepflicht und des städtischen Armenwesens. Zur Betreuung von Säug-lingen und Kleinkindern sind in Jena ein Kinderarzt und eine Heilanstalt (Kleinkinder) vorhanden. In Ratibor gehört zum Wohl-fahrtsamt gleichzeitig eine Schulgesundheits- und eine Unter-stützungsbüro.

Von 81 Städten insgesamt ist also in 45 Städten die ge-samte Wohlfahrtspflege in einem Amt zusammengefaßt. Es ist sehr interessant, daß in der Statistik der ersten Städte eine solche Konzentration durchgeführt ist. Von den 23 Groß-städten mit mehr als 200 000 Einwohnern ist die Wohlfahrts-pflege in einem Amt zusammengefaßt in 7 Städten. Wei-tere 7 Städte dieser Größe besitzen ebenfalls noch über ein

Jugendamt und über ein Gesundheitsamt. 6 Städte haben ne-ben dem Wohlfahrtsamt nur ein selbständiges Gesundheitsamt. Bei einer weiteren Stadt besteht neben dem Wohlfahrtsamt ein Jugendamt, und die restlichen beiden Städte haben ihre Wohl-fahrtspflege in anderer Weise organisiert. Bei den Großstädten mit über 100 000—200 000 Einwohnern haben 12 Städte von ins-gesamt 21 die Wohlfahrtspflege in einem Amt zusammengefaßt. 5 Städte gehören zur Gruppe der Städte, die neben dem Wohl-fahrtsamt je ein selbständiges Jugend- und Gesundheitsamt haben. Ungefähr das gleiche Verhältnis ist in den Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern festzustellen. Man kann also sagen, daß in den Städten bis zu 200 000 Einwohnern die Wohlfahrtspflege organisatorisch konzentriert ist als in den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern. Es leuchtet ein, daß in den größten Städten mehrere Ämter nebeneinander be- stehen; wenn aber Städte wie Essen und Dresden die Wohl-fahrtspflege in einem Amt erfaßt haben, so sollte das auch in anderen Städten dieser Größenklasse und in kleineren Städten möglich sein. Immerhin ist gegenüber der gleichen Erhebung des Jahres 1925 eine fortgeschrittene Konzentration in der Organisation der Wohlfahrtspflege festzustellen. Vergleiche der Städte untereinander können nur mit größter Vorsicht ange-stellt werden, weil die Einrichtungen in den einzelnen Städten sehr verschieden sind.

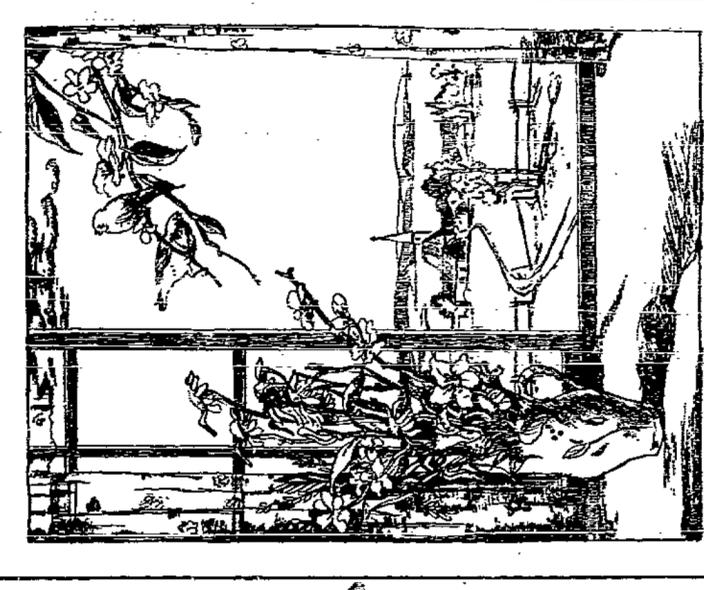
Von Interesse ist auch eine Betrachtung der Zahl der Per-sonen, die in der städtischen Wohlfahrtspflege tätig sind. In der Spitze steht hier die Stadt Breslau mit 974 Personen. Unter den erstellten Städten verjagt Breslau aber auch über die meisten ehrenamtlich tätigen Personen, nämlich 4262. Dabei ist zu bemerken, daß Breslau außer dem Wohlfahrtsamt je ein Jugend- und Gesundheitsamt hat. Die Stadt Köln mit der gleichen Organisationsform beschäftigt 851 Personen in der Wohlfahrtspflege. Es läßt sich nicht genau feststellen, ob die Organisationsform Einfluß auf die Zahl der beschäftigten Per-sonen hat. In den Städten mit gleicher Organisationsform und ungefähr gleich hoher Einwohnerzahl ist die Zahl der be-schäftigten Personen durchaus nicht gleich groß. Ein Beispiel dafür sind die Städte Essen und Dresden. In Dresden werden in der Wohlfahrtspflege (in einem Amt zusammengefaßt) 767 Per-sonen beschäftigt, in Essen dagegen nur 577. Die etwas kleinere Stadt Breslau mit einer Dreifachgliederung der Wohlfahrts-pflege beschäftigt aber 974 Personen. In Leipzig mit einer um fast 100 000 höheren Einwohnerzahl werden in der in zwei Äm-tern organisierten Wohlfahrtspflege 827 Personen beschäftigt. In großen und ganzen ist in der Wohlfahrtspflege auf 1000 Einwohner etwas mehr als eine Person tätig. Natürlich sind wesentliche Abweichungen festzustellen, und zwar sowohl nach unten als auch nach oben.

### Verstärkter Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft

Die Rationalisierung hat in den letzten Jahren in der Textilindustrie unangenehme Fortschritte gemacht. Durch sie will der Unternehmer mit möglichst geringem Kostenaufwand das höchste mögliche Produktionsergebnis erzielen. Zu dem Zweck hat man z. B. in der Weberei die Tourenzahl der Stühle und damit auch deren Stückzahl erhöht. Oder man gab sowohl in der Spinnerei als auch in der Weberei dem Arbeiter höhere Löhne, um ihn zu gewinnen zu befehlen. Richtig ist immer waren damit entsprechende Erleichterungen durch Vernetzung besserer Material, durch organisatorische und technischer Verbesserungen oder durch Stellung von Hilfskräften verbunden. Durchweg bedeuteten die durchgeführten Maßnahmen eine zum Teil recht erhebliche Mehrbelastung der Arbeitskraft. Dazu kommt ein oft geradezu schändliches Verhalten: das darauf abzielt, auch die Arbeiterin zu überlasten. Die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, führt dann vielfach zu längerer Dauer nur auf Kosten der Gesundheit zu erzielen sind.

Am bedenklichsten sind die Auswirkungen einer solchen Anspannung der Arbeitskraft bei den weiblichen und jugendlichen Arbeiterinnen. Es ist bekannt und braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese den Gefahren einer übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft stärker ausgesetzt sind als bei erwachsenen männlichen Arbeiterinnen. Solche Gefahren sind da. Die mühen und abspannenden Geschäfte nach der Arbeitskraft sind für die Arbeiterinnen, daß sie abends nach Verlassen des Betriebes abgeschwächt und zu irgend einer körperlichen oder geistigen Verringerung kaum noch fähig seien, bemerken das. Wenn die gesundheitlichen Auswirkungen dieser modernen Arbeitsmethoden nicht noch stärker so offensichtlich zutage treten, so ist das zum einen Teil auf die vielfach vorhandene Kurzarbeit zurückzuführen, die an den arbeitsfreien Tagen eine gewisse Entspannung ermöglicht. Haben wir aber eine normale Arbeitsbelastung, dann werden sich die nachteiligen Auswirkungen bemerkbar machen.

Kamit gemeint auch die Frage des Schutzes der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft erhöhte Bedeutung. Dieser Schutz muß vor allem in einer Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck kommen. Nach den gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sind sowohl für weibliche als auch für jugendliche Arbeiterinnen noch Arbeitsstunden bis zu acht Stunden täglich und bis zu 48 Stunden in der Woche möglich. Auch die tatsächlichen Arbeitszeitbestimmungen erlauben noch weitgehende



Frühling Bartsch, Düsseldorf

Neben der Streuregelung der Arbeitsdauer verdient auch die Festlegung der Arbeitszeiten eine Beachtung. Je intensiver und aufrechter die Arbeit ist, in desto kürzeren Pausenräumen müssen die Pausen folgen. Eine vier- bis fünfstündige ununterbrochene Beschäftigung muß bei der heute üblichen Arbeitsweise der Beschäftigten abgebrochen werden. Der Durchbruch der Arbeitszeit mit Pausen muß darum künftighin mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die die Pausen regelnden Arbeitszeitbestimmungen sind erforderlich, falls einer Revision zu unterliegen. Leider haben auch unsere Arbeiterinnen die gesundheitliche Bedeutung der Arbeitspausen noch nicht genügend erkannt. Sie haben oftmals das Bestreben, durch kurze Pausen oder gar durch Pausenlosigkeit einen früheren Arbeitsanfang zu erzielen und sind darum recht gerne bereit, Entzügen auf Pausenverzichtung zuzustimmen. Recht oft geht das auf Kosten der Gesundheit. Aufgabe der Arbeitgeber ist es, hier für die erforderliche Aufklärung zu sorgen und einer der Gesundheit abträglichen Pausenregelung ihre Zustimmung zu verweigern.

Die große Zahl der selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte von vornherein außer Frage stehen. Niemand wird nun auch abstreiten wollen, daß die häuslichen und sozialen Bedürfnisse der Frauen eine besondere Ausbildung und Fertigkeiten, die in der Frauennatur wurzeln, fordern. Wenn es verfehlt ist, so ist es nicht die Frau, die die häuslichen Aufgaben nicht bewältigen kann, sondern die Frau, die die häuslichen Aufgaben nicht bewältigen will. Das erweist sich als unbedingt notwendig im Interesse der Erziehung unserer weiblichen Jugend und der geeigneten Erziehung unserer Frauenwelt. Es ist ein großes Unrecht und zum Schaden unserer Volkstums, wenn man die Frau von der Schule und aus dem Bildungswesen verdrängt. Man will, aber auch in den anderen Bereichen muß man mit der Frau arbeiten als mit einer notwendigen Tatsache rechnen. Für den unbedingten Bedarf der Frauen, die in der häuslichen Arbeit an deren Stelle herantreten können. Kein volkswirtschaftlich gesehen, dürfte dieses Beginnen nur nachteilig sein. Hier muß man einmal mit der besonderen Eignung der Frau für viele dieser Aufgaben rechnen. Zu erwähnen sind hier z. B. verschiedene Zweige der Textil- und Tabakindustrie und des Bekleidungsberufes, wo überlegene Frauenkräfte beschäftigt sind auf Grund ihrer besonderen Eignung für diese Arbeiten (Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit, Feinheitsgefühl) auch Leistungen sind als der Mann. So lassen sich nicht einmal die Arbeitsplätze des gleichen Berufes ausmessen, weil man eben die besondere Eignung und darum größere Leistungsfähigkeit der Frau berücksichtigen muß. Als unmöglich darf gelten, die Arbeitsplätze der Frauen in der Textilindustrie z. B. durch Männer aus dem Buchbindungsberuf oder sonst einem anderen Beruf zu besetzen zu wollen. In der Textilindustrie ist bei besonderer Eignung sehr lange Übung und Ausbildung erforderlich, um volle Leistungen zu erzielen. Auch in den meisten anderen Berufen ist eine mehrjährige Ausbildung notwendig. Daß die Austauschmöglichkeiten fehlen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

### Was gewinne ich als Mensch aus meinem Beruf?

In Fr. W. Günters „Lebensführung“ fand ich einmal die Worte: „Unser Seele wird gestillt oder verunreinigt durch die Art, wie wir eine Aufgabe erfüllen.“ An diese Worte muß ich oft denken und habe gesehen und erfahren, daß sie nur zu wahr sind. Wenn ich denke an die ersten drei, vier Jahre nach meiner Schulzeit, so ist schon mitten im Lachen und Lachen der Mann, der mich angeleitet hat, und überhaupt mein Leben voran, so muß ich's doch wohl zuerst meinem Schöpfer danken, daß ich jetzt anderen dienen bin. Wenn ich auch heute nicht die Arbeit meines Lebens über alles geliebten Beruf nennen kann, so kann ich doch sagen mit tiefer Überzeugung: „Ich liebe meine Arbeit“, weil ich sie kann und weil ich weiß, daß sie meine Aufgabe ist.

Ich habe gesehen, daß es in allen Berufen und Ständen einen Kern ausgenommen — gewissenlose und verantwortungslosse Elemente, aber auch noch sehr viele Menschen mit hohen und reinen Idealen gibt, Menschen, um deren Leistung und Können wir wissen schon allein ein Stand auf den anderen mit Ehrfurcht und Achtung schauen sollte und nicht mit kalter Verachtung, die nur den Haß gebiert. Ich weiß, wie die Seele verunstaltet werden kann durch Erbitterung und ein gleichgültiges Ergeben in ein hohes Maß. Ich weiß aber auch, daß jede Arbeit, und mag sie noch so gering sein, die gewissenhaft, sauber und mit großer Treue geschieht, die Seele abet und formt. Durch diese Treue erst gelangt der Mensch innere Werte. Sie gibt ihm erst die nötige Freiheit und das Recht, dem Gewissenlosen die Stirne zu bieten und zu sagen: „Ich gab dir dein Recht, indem ich treu in meinem Schaffen war; nun fordere ich für mich das gleiche.“ So bleibt der Blick frei, und wie er den todsicheren Vorstellling und mit reifer Überlegung erspähen muß, so geht er aber auch zugleich in die Weite, in die Höhe, weil es gefährlich ist, nur am Irdischen haften zu bleiben.

Gerade für die Frau ist es im heutigen, miltärten Wirtschaftskampfe so notwendig, daß sie ihre Seele gleichsam mit beiden Händen umfassen und halten muß, wenn sie nicht gerührt werden soll. Soll der Zwang der Maschine nicht Herr über mich sein, so muß ich meine Seele mitarbeiten lassen, auf daß der Körper diene, die Seele aber herrsche. Wenn ich mir so selbstig, es gibt Tage, wo man weit dem Tosen und Jagen erliegen möchte, aber die Hoffnung trägt die Bewusstheit, auf dem noch so verworrenen Wege zum Ziele zu kommen. Wenn ich strebe, so zu arbeiten, zu kämpfen und zu hoffen, dann wird mich immer eine tiefe Gemeinlichkeit und Zugehörigkeit mit den anderen verbinden. Ihre Sorgen, ihre Mühen und Leiden werden auch die meinen sein. Und wenn ich dabei immer eine tiefe Dankbarkeit gegen Gott in mir trage für alles, was das Leben mir verleiht, für alle wertvollsten Stunden, die je ein Mensch erleben darf, und wenn ich Augen und Herz offen halte für alles Schöne und Nützliche, aber auch für alle Qual und Trauer der lebenden Geschöpfe, so habe ich einen Gewinn aus meinem Scheitern so leeren Berufes, der manche bittere Stunde doppelt aufwiegt.

Das heute nicht geschieht, ist morgen nicht getan, Und keinen Tag soll man verpassen, Das Mögliche soll der Entschluß Beherrschend logisch am Schopfe fassen; Er will es dann nicht fahren lassen, Und wirbt weiter, weil er muß. Goethe (Faust).

Zudem wäre es nicht gerecht und die Not der Familien würde nicht dadurch gelindert, daß man Frauen broilos macht und an deren Stelle Männer beschäftigt. Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse verlangen die Frau zum eigenen Fortschritt. Welche Familie? Fast alle Arbeiterinnen und auch die meisten Angestellten müssen bei den Lebensumständen der Familie mitarbeiten. Das trifft besonders heute zu, wo der Vater entweder arbeitslos oder Kurzarbeiter ist. Nimmt man die Frau zum Erwerb, so bedeutet das verstärkte Not der Familie. Die Tochter kann aber nicht zu Hause bleiben und dem Vater die Arbeit überlassen, wenn sie handlungsunfähig und erwarblos ist. — Was ohne die bringende volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit der Frau muß man ihre Verunsicherung grundsätzlich bejahen und wünschen, weil sie doch einem Teil Frauen Lebensaufgabe ist und weil sie unentbehrliche Werte vermittelt zur Persönlichkeitsbildung. Werte vermittelt auch über das Erwerbsleben hinaus als Hausfrau, Mutter und Erzieherin.

Sehr verständlich und auch zu begrüßen sind die Forderungen, die erhoben werden auf Ausschaltung der Doppelverdiener. Sie sind unbedingt durchführbar dort, wo es sich um pensionierte Beamte oder um Rentnerbegleiter handelt, die ihren sicheren Lebensunterhalt beziehen und noch irgendeine volkswirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Sofern es sich aber um die Ausschaltung der erwerbstätigen verheirateten Frau als Doppelverdienerin handelt, ist dies in den wenigsten Fällen berechtigt. Grundrichtig ist für allgemein lehren, daß die Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen ab, früher oder später, aus volkswirtschaftlichen Gründen diese Frauen einem Erwerb nachgeben, so ergibt sich, daß die weitaus größte Zahl aus volkswirtschaftlicher Not dazu gezwungen ist.

Der Lohn der Arbeiterfamilien ist so niedrig, daß zum Unterhalt der Familie Mann und Frau verdienen müssen. Mit einer Beschäftigung dieser verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben würde die Verhältnisse nicht ändern, vielmehr die Not zahlreicher Familien vergrößern. Was zu einer besseren Verteilung der Arbeit und zur Durchsicherung der weiblichen Beschäftigung getan werden kann, hat lediglich nach sozialen Gesichtspunkten zu geschähen, ganz gleich, ob Frau oder Mann.

Im Übrigen dürfte bei ruhiger Überlegung klar sein, daß durch



# Bolschewismus

Bolschewismus. Viel ist schon darüber dafür und dagegen geschrieben und geredet worden. Und doch ist das Wesen des Bolschewismus noch vielen unbekannt. Die sich dazu bekennen, ihn herbeizuführen und erstreben helfen, wissen am wenigsten davon.

Wenn von Bolschewismus die Rede ist, wird auf Rußland verwiesen. Von dort stammt das Wort und dort ist die Wirklichkeit Bolschewismus. Was aber an Nachrichten über die Zustände in Rußland zu uns gelangt, ist im allgemeinen nicht viel und widerspricht sich. Die einen preisen Sowjetrußland als ein Paradies, andere vergleichen es mit der Hölle. Dazwischen sind solche, die behaupten, Sowjetrußland zu kennen, weil sie als Gäste der Sowjetregierung einige Tage dort waren und ihnen das gezeigt wurde, was sie aus propagandistischen Gründen sehen durften und sehen sollten, um es überall zu rühmen und zu preisen.

Diese Rußlandkennner gleichen jenen Stadtbesuchern sehr, die von Verwandten oder Bekannten einige Stunden in den schönsten Straßen der Stadt herumgeführt und gut bewirtet werden. Heimgekehrt behaupten sie dann, die Stadt zu kennen, erzählen von feiernden Menschen in schönen Kleidern, von großen Häusern und von gutem Essen, das die Städter in Ueberfluß hätten. Aber sie kennen die Stadt nicht. Sie haben nur einen kleinen und den äußerlich schönsten Teil der Stadt flüchtig gesehen. Sie haben aber nicht die Menschen gesehen, die in lärmenden Betrieben für wenig Lohn hart arbeiten müssen. Sie haben nicht gesehen die dumpfen Wohnungen, in denen das Elend haust. Sie haben nicht gesehen, daß der ihnen vorgezeigte Ueberfluß Mangel langer Tage war. Sie haben die große Not nicht gesehen, die auch in den Städten, dort noch mehr als andernorts, tausenden Menschen auf der Seele lastet.

Und die als Gäste in Sowjetrußland waren, kennen Rußland nicht! Sie haben nicht das große Rußland gesehen mit seiner grauenhaften Not. Sie haben nur einige, für propagandistische Besichtigungszwecke bestimmte Musterarbeitslager gesehen. Sie waren nicht in den Zwangsarbeitslagern, in denen Jahr um Jahr tausende Menschen langsam, grausam und absichtlich vernichtet werden. Sie sind im besten Eisenbahnzug gefahren und haben nicht gesehen, wie das russische Volk sich in Viehwägen zusammenpferchen muß. Sie haben nicht die Millionen elternloser und obdachloser Kinder gesehen. Sie waren nicht in jenen Elendsräumen, in denen mehrere Familien besammeln haufen müssen. Sie waren nicht in jenen Spitälern, in denen schlechtgepflegte, hungernde Kranke und Sterbende auf Strohlagerstätten liegen. Sie haben nichts gesehen von der seelischen Not, von dem grausamen Zwang, die auf dem russischen Volke lasten. Sie haben wohl das freundlich grinsende Gesicht der sie überwachenden und freudlos ansehenden Tschechen gesehen, nicht aber die von derselben Tschecha gemarterten Menschen und die Ströme Blut, die in Sowjetrußland vergossen wurden und noch nicht versiegt sind. Sie haben nicht bemerkt, daß der ihnen gezeigte und gebotene Ueberfluß Hungernden genommen war. Das alles und vieles andere haben sie nicht gesehen.

Was aber die sich widersprechenden Berichte über die Sowjetrussischen Zustände anlangt, so sind die ungünstigen aus mannigfachen Gründen glaubwürdiger als die günstigen. Zunächst schon ihres Ursprungs wegen. Die für Sowjetrußland nicht günstigen Berichte stammen von politisch nicht gleichmäßig interessierten Menschen und stützen sich sehr oft auf Mitteilungen sowjetrussischer Zeitungen selbst. Die Berichte hingegen, die für die Sowjetrussischen Zustände günstig lauten, sind ausschließlich für die kommunistische Weltpropaganda bestimmt und stammen entweder direkt aus sowjetrussischen Quellen oder von Personen, die entweder aus materiellen oder aus anderen Gründen der kommunistisch-bolschewistischen Propaganda dienstbar sind.

Aber selbst wenn das eine oder das andere nicht wäre, wenn nicht bekannt wäre, daß die Lebensbedingungen des russischen Volkes durch das bolschewistische System nicht besser, sondern schlechter geworden sind, wenn nicht bekannt wäre, daß die Arbeitsbedingungen des russischen Arbeiters in Sowjetrußland viel härter sind, als sie im alten Rußland waren — und die waren im Vergleich zu den deutschen wirklich schlecht — wir würden den Berichten doch nicht glauben können, nach denen es in Sowjetrußland so schön sein soll! Und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil auf der geistigen Grundlage des Bolschewismus Wohlfahrt und Freiheit eines Volkes nicht gedeihen können!

Das ist es aber doch, worauf es schließlich ankommt! Das wird aber von einer dem Bolschewismus geistig verwandten Presse hartnäckig übergangen. Wenn in Sowjetrußland irgend etwas geschieht, was bei uns selbstverständlich ist und kaum beachtet wird, dann wird das als ein ungeheurer Erfolg des bolschewistischen Systems gepriesen, und versucht, damit die dauernde Möglichkeit oder gar die Richtigkeit desselben zu beweisen. Was ist aber schon viel dabei, wenn die Bolschewiken in einem Land, das ganz im Gegensatz zu Deutschland über alle notwendigen Rohstoffe verfügt, eine Fabrik oder sonst etwas errichten, um so mehr, als sie auch noch über die arbeitenden Menschen beliebig verfügen können? Damit wird das, was sie an seelischen, moralischen und kulturellen Werten vernichtet haben und jeden Tag vernichten, nicht ersetzt! Damit wird auch nicht die Möglichkeit oder die Richtigkeit des bolschewistischen Systems erwiesen.

Wenn die bolschewistisch angekrankelten Kreise immer wieder darauf verweisen, daß das bolschewistische System in Rußland sich länger als zehn Jahre hat halten lassen, und wenn sie daraus die praktische Möglichkeit des Kommunismus schließen wollen, dann dürfen sie die Mittel und die Methoden nicht verschweigen, die zur Aufrechterhaltung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland angewendet werden: Millionen Menschen wurden vernichtet, jeder Persönlichkeitswert zerstört, jede individuelle Bewegung wird unterdrückt, und durch ein über das ganze Land ausgebreitetes Ueberwachungs- und Unterdrückungssystem übermacht einer den anderen. Denn keiner ist sicher, ob nicht sein Nebenmann, ob nicht Sohn oder Vater ein geheimer Agent der politischen Polizei ist, die jeden Widerspruch gegen das bolschewistische Zwangssystem unterdrückt. Die sowjetrussische

politische Polizei hat Mittel und Möglichkeiten genug, jeden Widerstand in Bereitwilligkeit, jeden Widerspruch in Zustimmung zu verwandeln. Ausschließung von der Lebensmittelversorgung ist die geringste Strafe, bedeutet aber für die davon Betroffenen doch Hunger und unsagbares Elend. Und wer schließlich in seiner Verzweiflung doch aufschreit: in den Kellern der Tschecha verstummt jeder Schrei, und in den sibirischen Zwangslagern verhallt er ungehört. Wegen eines Vergehens, dessen sich die Kommunisten in Deutschland täglich schuldig machen, werden in Sowjetrußland Menschen getötet.

Wenn sich aber Möglichkeit und Richtigkeit des bolschewistischen Systems daraus ergeben sollen, daß es sich durch einen grausamen Terror über zehn Jahre lang in Rußland hat aufrechterhalten lassen, dann muß logischerweise der gleiche Maßstab auch anderen politischen und wirtschaftlichen Systemen gegenüber zur Anwendung kommen. Und dann würde sich ergeben, daß, so beurteilt, schließlich jedes System richtig gemessen oder richtig sein muß, denn sie waren oder sind meistens viel älter als das bolschewistische. Der Hinweis auf die länger als 10jährige Dauer des Bolschewismus in Rußland ist jedenfalls eine jämmerliche Beweisführung zugunsten des Kommunismus.

Die kommunistische Propaganda versucht die Tatsache, daß trotz stürmischer Anstrengung und schonungsloser

Antreibung das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft völlig verarmt ist, daß es sogar Nahrungsmittelmangel hat, recht einfach, aber nicht überzeugend zu erklären. Es wird behauptet, Sowjetrußland sei von allen Seiten bedroht und erhalte zu seinem Aufbau nicht die notwendigen Kredite. Das stimmt zwar nicht. Aber selbst wenn es wahr wäre, dann wäre das doch keine ausreichende Erklärung des bolschewistischen Mißerfolgs. Es ist aber nicht wahr, denn Sowjetrußland war in den vergangenen zehn Jahren außenpolitisch nicht in dem Maße bedrückt wie Deutschland. Und es verfügt, wie schon erwähnt, über alle notwendigen Rohstoffe und ist ein an Naturgütern sehr reiches Land. Wenn es aber diese Schätze nur mit Hilfe des Kapitalismus heben kann, wenn der Bolschewismus auf Anleihen in kapitalistischen Ländern angewiesen ist, wenn er das, was er zerstört hat, nur mit kapitalistischer Hilfe wieder aufbauen kann, dann ist das die Bankrotterklärung des bolschewistischen Systems, des materialistischen Sozialismus überhaupt!

Bolschewismus ist in keiner Beziehung Befreiung! Bolschewismus ist nur Bedrückung und in seiner letzten Konsequenz Vernichtung aller bis auf einen. Bolschewismus ist nicht Aufbau, nicht Erneuerung, ist auch kein Ausweg aus irgendeiner Not. Bolschewismus ist Zerstörung, ist Vernichtung, ist eine Krankheit! Und deshalb muß alles, was ihn begünstigt oder fördert, schonungslos bekämpft werden! Hbm.

# Strukturwandlungen in der Textilstoffversorgung

Unter den vielfachen Strukturwandlungen, die die Welttextilwirtschaft besonders im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte außerhalb aller Konjunkturschwankungen beeinflusst haben, sind die von der Rohstoffversorgung und vom Rohstoffverbrauch ausgehenden Umstellungen zwar nicht von entscheidender Bedeutung gewesen, aber sie können auch nicht übersehen werden, wenn man die Entwicklung der Welttextilwirtschaft ganz verstehen will. Wir wollen versuchen, diese Frage etwas näher zu beleuchten, wobei wir uns auf die wichtigsten Fakten beschränken.

Der bei weitem bedeutendste Textilrohstoff ist trotz aller Verbraucherschiebungen die Baumwolle geblieben. Ihre Erzeugung schwankte in den letzten drei Jahren zwischen 6 und 6,3 Mill. Tonnen oder rund 55 bis 60 Prozent der gesamten Textilrohstoffproduktion (gegenüber 5,1 Mill. Tonnen oder einem Anteil von rund 50 Prozent im Jahre 1913). Die letzte Rekord-ernte der Vereinigten Staaten, die mit fast 17 Mill. Ballen um 17 Prozent größer war als 1930, hat die Vorrangstellung der Baumwolle erneut stark betont. Die ägyptische Anbaubeschränkung, die einen Windertrag von rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahre brachte, ist dadurch bei weitem überkompensiert worden. Die Hauptgefahr liegt für die Baumwollstaaten Nordamerikas, in der Verschiebung des Weltbaumwollverbrauchs zu Gunsten anderer Herkunft. Und hier ist zweifellos auch im Laufe der letzten Jahrzehnte ein Strukturwandel eingetreten, der sich in der heutigen Weltwirtschaftskrise mit größter Schärfe auf die nordamerikanische Landwirtschaft auswirkt. Englands langjährige Bemühungen, die Gebiete Mittelafrikas, vor allem Ost- und Westafrika, Rhodesia und Uganda, früher für den Baumwollanbau zu erschließen und dadurch der Vormacht der Vereinigten Staaten ein Gegengewicht zu bieten, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Zusammen mit der indischen Produktion hat Großbritannien bereits rund ein Viertel der Weltbaumwollerzeugung in seinem Herrschaftsbereich. Singu kommt eine im Vergleich zu 1913 recht beträchtliche Steigerung des Areal in Rußland und Brasilien; in Rußland beispielsweise auf das Dreifache der Vorkriegszeit. Die russischen und brasilianischen Erträge sind zwar, gemessen an der Balleternte, noch immer ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil, aber jeder neue Ballen, der anderswo gewonnen wird, verringert die Chancen der Vereinigten Staaten. Die ägyptischen, indischen, mittelafrikanischen und chinesischen Herkunft, die Erträge Rußlands, Brasiliens und einiger noch unbedeutender Erzeugungsländer, wie Mexiko, Peru und Argentinien, machen der Erzeugung der U. S. A. in wachsendem Maße zu schaffen. Nicht nur, daß die neuen Industrien in ehemals kolonialen Ländern und die aufstrebende Baumwollindustrie Rußlands sich zunehmend aus eigener Ernte versorgen, auch die alten Industriestaaten greifen auf die neueren Provenienzen zurück. Es ist von symptomatischer Bedeutung, wenn die Verbraucherschrumpfung der letzten Jahre sich für die amerikanische Baumwolle viel stärker bemerkbar machte als für die übrigen Baumwollsorten. Zwar ist die nordamerikanische Baumwolle mit rund 55 Prozent des gesamten Weltverbrauchs nach wie vor weit an der Spitze, aber ihr Anteil sinkt. Während nämlich in den letzten zwanzig Jahren der Verbrauch von Baumwolle in anderen Ländern um mehr als 50 Prozent gestiegen ist, hat sich die Baumwollausfuhr der U. S. A. in der gleichen Zeit nur knapp behaupten können. Die Vereinigten Staaten empfinden diesen Strukturwandel, der sich im Baumwollverbrauch der Welt vollzogen hat, immer deutlicher, und es scheint, als wolle man sich endlich intensiver mit der Frage der Kostenlenkung und Faserverbesserung befassen. Aber ob es gelingt, den einmal eingeschlagenen Strukturwandel zu bannen, erscheint mehr als zweifelhaft. Höchstens, daß durch geeignete Maßnahmen eine Verlangsamung des Prozesses erreicht werden könnte.

Auch beim Flachsbau lassen sich strukturelle Veränderungen feststellen. Die Anbaufläche dieser Bastfaser war schon vor dem Kriege in Deutschland und einer Reihe anderer europäischer Länder erheblich zurückgegangen und zeigte nach der vorübergehenden Steigerung während des Krieges bald erneute Rückschläge. Da auch die russische

Erzeugung zunächst versagte, entstand die jahrelange „Flachskrisis“. Die Preise wurden derart in die Höhe gejagt, daß das Leinen von den Baumwoll- und Kunstfasererzeugnissen stark zurückgedrängt wurde. Als dann Rußland schließlich im Rahmen seines Fünfjahresplanes den Flachsanbau mächtig forcierte und 1930 mit seinem „Flachsdumping“ die Preise stürzte, da wurden alle Anlässe zu einer neuen Belebung der Flachswirtschaft ersticht. Einfuhrerschwerungen, Hilfsaktionen für den heimischen Anbau und Verminderung der Anbauflächen in fast allen europäischen Erzeugerländern außer Rußland waren die Folgen der durch den Verbrauchsrückgang verschärfsten Marktlage. 1930 betrug die Balleternte nur noch 73 Prozent des Ertrages von 1913. Rußland beherrscht mit seinem etwa 75prozentigen Anteil am Weltareal und seiner rund 50prozentigen Welterzeugung den Markt. Die Preisumwälzungen auf dem Flachsmarkt stellten zwar 1930 die alte Relation zum Baumwollpreis wieder einigermaßen her, aber durch den katastrophalen Preissturz der Baumwolle im vorigen Jahre wurde diese Relation wieder zerstört. Die Leinenindustrie hat erneut unter der Ungunst der Preisverhältnisse zwischen Flachsbau auf der einen, Baumwolle und Kunstfaser auf der anderen Seite zu leiden. Durch die jahrelange Einbürgerung der billigeren Ersatzstoffe anstelle der alten Leinenerzeugnisse ist ein Strukturwandel des Bekleidungs- und Wäscheverbrauchs vor sich gegangen, der sich aller Voraussicht nach so leicht nicht wieder beseitigen läßt. Vielleicht, daß unter günstigeren Verhältnissen mit gesteigerter allgemeiner Kaufkraft die alte Leinenkultur noch einmal eine Auferstehung erlebt. Sie wäre der notleidenden Leinenindustrie jedenfalls sehr zu wünschen, ebenso wie es im Interesse der Wirtschaft läge, wenn dem Anbau dieser natürlichen Pflanzenfaser genügend Aufmerksamkeit geschenkt würde.

Ein weiterer Textilrohstoff, bei dem Strukturveränderungen zu bemerken sind, ist die Jute. Die Umgestaltung wichtiger Verbrauchsgebiete hat Anbau und Verarbeitung in starkem Maße beeinträchtigt. Besonders gehen diese Veränderungen von der Düngemittelindustrie aus, die statt des Verbandes ihrer Erzeugnisse in Jute Säcken mehr und mehr die Verwendung von Papier Säcken oder die lose Verladung und Schüttung vorgezogen hat. Dazu ist durch die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrisis auch der Sachverbrauch der Landwirtschaft stark vermindert worden. Infolge all dieser Verbrauchsrückgänge wurde der Juteanbau in Bengalen im vorjährigen Jahre auf rund die Hälfte des Vorjahres gedrosselt. Die Produktion sank von 20 auf 10 Prozent des Weltfaserstoffertrages und lag damit fast ein Drittel unter der letzten Vorkriegsernte. Die rückläufige Tendenz der Strukturveränderung hat neben der konjunkturellen Verbrauchskrisis ihren gut bemessenen Anteil an der tiefen Depression der Jutewirtschaft.

Auch in der Seidenwirtschaft haben sich mannigfache Strukturveränderungen vollzogen. Die Rohseidenlieferung der Welt hat sich in den letzten fünfzig Jahren mehr als vervielfacht und betrug 1930/31 über 48 Mill. Kilogramm. Dazu kommt der gewaltige Eigenverbrauch Ostasiens, über den genauere Ziffern nicht vorliegen. Betrachtet man die Ausfuhr Japans und Chinas und die Erzeugung der übrigen Länder einmal als Weltproduktion, so entfielen von der Erzeugung des Jahres 1881 mit rund 9 Mill. Kilogramm etwa zwei Fünftel auf Europa und fast drei Fünftel auf Ostasien, während sich die Levante mit einem kleinen Bruchteil begnügte. 1913 bestritt Ostasien von einer Welterzeugung von 34 Mill. Kilogramm bereits fast 80 Prozent, Europa nur noch 13, Vorder- und Zentralasien 7. Und in der letzten Saison mit 48 Mill. Kilogramm belief sich der ostasiatische Anteil auf nicht weniger als 86 Prozent, der europäische auf 12 und der vorder- und zentralasiatische auf nur 2 Prozent. Also ein absolut und relativ dauernd steigendes Übergewicht Ostasiens in der Seidenwirtschaft zu Zeiten aller übrigen Erzeuger. Japan hat seine Erzeugung seit 1913 auf fast das Dreifache steigern können. Die Bedeutung Italiens, des größten europäischen Produzenten, hat sich zunehmend verringert. Frankreichs Anteil fällt überhaupt nicht mehr ins Gewicht, ebensowenig der der Balkanstaaten und der Levante. Die europäischen Mittelmeerländer haben zu Staatshilfen für ihre Seidenkulturen gegriffen,

aber die Sorgen um die steigende japanische Konkurrenz sind nicht zu bannen. Der Verlust der Vereinigten Staaten, des weitaus größten Seidenverbrauchs, als Absatzmarkt Italiens ist so gut wie eine vollzogene Tatsache. Die Strukturwandlungen liegen also auch hier klar zutage: Neben dem stark gestiegenen Seidenanbau und Seidenverbrauch der Welt zurückerdrängung aller übrigen Länder durch Japan, das mit 70 Prozent der Weltproduktion den Rohseidenmarkt beherrscht und aller Voraussicht nach diese Vorrangstellung weiter befestigen wird. Es sei denn, daß der jetzige Konflikt in Ostasien aus wirtschaftlichen und politischen Gründen zu einem Rückschlag führt.

Alle übrigen bedeutenderen natürlichen Fasertstoffe sind kaum von bemerkenswerten strukturellen Umwälzungen berührt worden. Dagegen hat sich ein sehr bedeutender Strukturwandel aus dem Aufkommen des gemischten Produkts, der Kunstseide, ergeben. Die Kunstseidenproduktion hat sich seit 1913 auf über das Doppelte gehoben und in den letzten Jahren die Naturseide um mehr als das Doppelte überflügelt. Zwar hat sie die vornehmere Schwester nicht ausschalten, ja, nicht einmal die Zunahme des Seidenverbrauchs hindern können, aber wahrscheinlich wurde das Tempo der Seidenverbrauchssteigerung aufgehalten. Die neuen Formen textiler Erzeugung, die sich aus dem Aufschwung der Kunstseide ergaben, sind einmal in dem Wettbewerb gegenüber der Baumwolle und dem Leinen begründet und liegen vor allem in dem stärkeren Aufkommen der Mischgarnherzeugung. Die strukturellen Veränderungen liegen auf der Hand: Verdrängung alter Industriezweige und Vermischung der Grenzen bei den einzelnen Fertigungsarten. „Regierungs“-Industrien sind entstanden, und lediglich auf der Kunstseide laufende Produktionsarten haben sich entwickelt. Das wurde gefördert durch die nach dem Kriege immer stärker hervorgetretenen Verfeinerungstendenzen in der Mode, und umgekehrt ist wieder die ständige Bevölkerungszunahme der Kunstseide ein Schrittmacher dieser Modernisierung geworden. An Beispielen für die Umwälzungen in der Herstellung und dem Verbrauch von Kunstseiden oder mit Kunstseide vermischten Web-, Wirk- und Strickwaren gebietet es nicht. Das junge Chemieprodukt hat — man möchte sagen — ein revolutionäres Element in die Textil- und Bekleidungsindustrie hineingebracht und einen echten Strukturwandel hervorgerufen, unter dessen Wirkungen vornehmlich die Leinenindustrie zu leiden hat, während die Seidenindustrie früh genug und die Baumwollindustrie nicht zu spät aus dem Not eine Tugend machten, indem sie die Kunstseidenverarbeitung in ihr Programm aufnahmen.

Wir sehen, daß die Strukturveränderungen, die von der Rohstoffseite her die Textilwirtschaft beeinflussten und umgestalteten, mannigfacher Art und verschiedensten Wirkungsgrades sind. Teilweise liegt eine Verchiebung im Anbau und im Verbrauch der einzelnen Rohstoffe vor (Baumwolle und Seide), teils ist eine strukturelle Verbrauchsänderung zu verzeichnen (Flachs und Jute), teils hat sich der Rohstoff erst eine bedeutende Stellung im Verbrauch errungen (Kunstseide), aber den übrigen Fasern schon eine mehr oder weniger starke Anpassung der Fertigungsarten aufgezwungen.

### Vorstandssitzung der Reichsanstalt

#### Berringerung der Beisitzer in den Landesarbeitsämtern.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in Verfolg der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung heute Beschlüsse über die zukünftige Zahl der Beisitzer in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter gefaßt. In vier Bezirken erfolgt überhaupt keine Veränderung, da die Zahlen der Beisitzer schon bisher den jetzigen Anforderungen der Verordnung entsprechen. Es handelt sich um Ostpreußen, Pommern, Bayern und Südwestdeutschland. Während die Verordnung davon ausgeht, daß die Zahl der Beisitzer in der Regel nicht über 7 betragen soll, hat der Vorstand mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Bedürfnisse in den einzelnen Bezirken eine Erhöhung der Zahlen vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Schlesien hat in Zukunft 8 Beisitzer (bisher 10), Brandenburg 8 (9), Nordmark 9 (10), Niederachsen 8 (10), Westfalen 8 (9), Rheinland 8 (9), Sassen 7 (8), Mitteldeutschland 7 (9) und Sachsen 8 (9) Beisitzer.

Dieses Ergebnis ist sehr mager und rechtfertigt keinesfalls die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, die auch in anderer Beziehung keine besonderen Ergebnisse bringen kann. Sie ist auch oft genug schon als verfehlt bezeichnet worden.

In der Vorstandssitzung wurde noch bekanntgegeben, daß der verhältnismäßig günstige Stand der Finanzen der Reichsanstalt hauptsächlich die Aufnahme eines Ueberbrückungskredits nicht erforderlich macht. Im Vorjahre mußte ein größerer Ueberbrückungskredit aufgenommen werden.

### Portugal richtet Arbeitslosenfürsorge ein

Portugal beginnt jetzt mit den ersten Maßnahmen für eine staatliche Arbeitslosenfürsorge. Nach einer eben erlassenen Verordnung sind alle Personen oder Firmen, die sich mit Handel und Industrie befassen und mehr als drei Personen beschäftigen, ab 1. Mai 1932 verpflichtet, je nach Höhe ihrer Einkommensverhältnisse zu einem Arbeitslosenunterstützungsfonds beizutragen. Diese Beiträge müssen monatlich in den Fonds einbezahlt werden. Der Arbeitgeberbeitrag soll 1 v. H. der ganzen auszahlenden Lohn- und Gehaltssumme betragen, die Beiträge der Arbeitnehmer dagegen 2 v. H. ihrer Löhne und Gehälter. Die Landwirtschaft ist bis zum Frühjahr 1932/33 von der Beitragszahlung befreit. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Höhe von 2 v. H. der Grundbesitzererträge vorläufigen Charakter und soll bis Januar 1933 in Kraft bleiben. Ihre Verlängerung bzw. ihr weiterer Ausbau hängt von den bestehenden Verhältnissen ab.

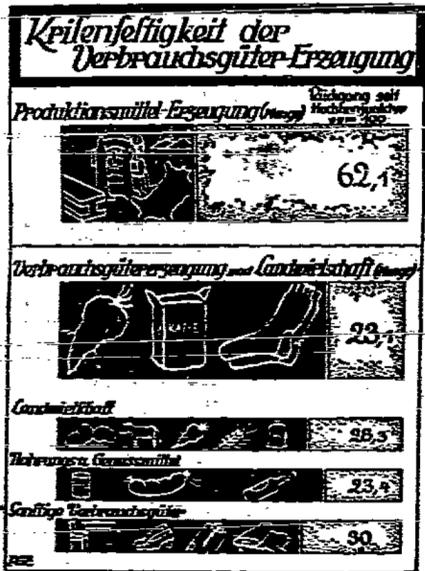
## Allgemeine Rundschau

### Arbeitskämpfe in Holland.

Während in Deutschland der Umfang der Arbeitskämpfe in der letzten Zeit eine rückläufige Bewegung aufweist, haben in anderen Ländern im Jahre 1931 die Arbeitskämpfe noch zugenommen. Nach der Statistik der Arbeitskämpfe in den Niederlanden ist zwar die Anzahl der Arbeitskämpfe von 212 im Jahre 1930 auf 208 im Jahre 1931 zurückgegangen, dagegen ist aber die Zahl der betroffenen Betriebe von 567 auf 786 in der gleichen Zeit gestiegen. Der Verlust an Arbeitstagen, der den Arbeitnehmern durch die Arbeitskämpfe entfiel, hat sich im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1930 fast verdreifacht und betrug 740 000. Dabei ist zu bemerken, daß die Zahlen für 1931 vorläufige Ergebnisse darstellen. Die niederländische Statistik der Arbeitskämpfe trennt nicht nach Streiks und Aussperrungen. Ohne Zweifel steht aber fest, daß es sich in den weitaus meisten Fällen um Streiks handelte. In den Niederlanden wurden im Jahre 1931 die meisten Streiks wegen geplanter Lohnherabsetzungen geführt, und zwar vorwiegend in der Papier- und in der Textilindustrie. Der umfangreichste Streik wurde in der Strohhartindustrie in Ost-Grönigen geführt. Dieser Streik begann am 1. Juli 1931 und war am Jahresende noch nicht beigelegt. Er hatte allein bis Ende 1931 einen Verlust von 23 000 Arbeitstagen zur Folge. Ebenfalls am Jahresende noch nicht beendet war ein Streik in der Leinwandtextilindustrie mit bis dahin 195 000 verlorenen Arbeitstagen. Bemerkenswert ist für eine Reihe bedeutender Arbeitskämpfe ihre lange Dauer. Von allen Arbeitskämpfen, gemessen an der Zahl der beteiligten Arbeitnehmer, wurden 73 v. H. zur Abwehr von Lohnherabsetzungen geführt. Weitere 16 v. H. betrafen die Forderung von Lohn-erhöhungen. Ueber den Ausgang der Arbeitskämpfe stehen für 1931 die Ergebnisse erst für 40 v. H. der beteiligten Arbeitnehmer fest. Danach hatten mehr als die Hälfte der Arbeitskämpfe für die Arbeitnehmer vollen oder teilweisen Erfolg. Bei den übrigen Arbeitskämpfen blieb den Arbeitnehmern ein Erfolg verweigert.

### Die Zahl der Handwerkslehrlinge geht ständig zurück.

Am 31. Dezember 1930 zählte Deutschland insgesamt 699 335 Handwerkslehrlinge, und zwar 628 555 männliche und 70 780 weibliche. Davon waren in Preußen 441 223, in Bayern 73 698, in Sachsen 8551. Von rund 700 000 Lehrlingen standen 450 000 bei Innungsmitgliedern und 150 000 bei Nichtinnungsmitgliedern. Der Rückgang der Lehrlinge betrug gegenüber 1926 fast 10 v. H.



Die Verbrauchsgüterindustrie und die Landwirtschaft leiden weniger stark als die Produktionsmittelerzeugung unter der Wirtschaftskrise, da der Konsum der breiten Massen — wenn auch eingeschränkt — mit Hilfe der Arbeitslosenunterstützung und des Verkehrs von Spargeldern seinen Fortgang nimmt. Demgegenüber hat die mangelnde Investitionsfähigkeit der Wirtschaft, die sogar von dringenden Ersparnismaßnahmen absteht, die Erzeugung von Produktionsmitteln auf einen Stand von 37,9 vom Hundert des konjunkturellen Höchststandes zurückgeworfen. Innerhalb der Verbrauchsgütererzeugung haben Landwirtschaft und Nahrungs- und Genussmittelindustrie bislang die stärkste Krisenfestigkeit gezeigt. Allerdings ist ihnen aber weite Kreise ihren Nahrungsbedarf weiter ein, um den schwindenden Kleiderbedarf zu ergänzen. Diese Bedarfsmangel zeigt die Schwere der gegenwärtigen Depression.

### Bericht über die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich in seiner Sitzung mit dem Ergänzungsentwurf zum freiwilligen Arbeitsdienst. Der vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Ergänzungsentwurf wurde mit einigen kleinen Veränderungen vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Änderungen betreffen die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes u. a. dadurch, daß entgegen den Vorschriften des Entwurfs die Vereinfachung von Arbeitsanstellung und Arbeitskleidung vom Arbeitsamt nicht mehr mit dem einzelnen Arbeitsdienstwilligen verhandelt werden kann, sondern auch mit dem Arbeitsdienstreiter verhandelt werden kann. Außerdem nunmehr der Verwaltungsrat, wie es das Gesetz vorsieht, angehört worden ist, wird mit dem sofortigen Erlass der Verordnung zu rechnen sein.

### Aus der Jugendbewegung

Konferenz der Textilarbeiterjugend des Bezirks Bielefeld. Am 21. April fand in den Räumen des D. S. A. Heimes Lörach die Frühjahrskonferenz der Textilarbeiterjugend des Bezirks Bielefeld in Bielefeld statt, zu der alle bestehenden Jugendgruppen Vertreter entsandt hatten. Auch nahmen sonstige jugendliche Kollegen, die noch keiner Jugendgruppe angehören, an der Konferenz teil. Geschäftsführer wurde (Lörach) erwählte die Konferenz und begründete die Anwesenden. Er empfing, aus der Reihe der jugendlichen steht die Leiter für die Konferenz zu bestimmen. Als solche wurden einstimmig Kollege (Lörach) als Protokollführer gewählt. Kollege Strittmatter übernahm die Leitung und begründete auch jenseits die Anwesenden und bei der Sitzung, durch die die Konferenz zu ihrer 2. Tagesordnung war folgende: 1. Aufstellung eines Arbeitsplanes für die Sommermonate; 2. Behandlung der jugendlichen Jugendbewegung; 3. Bericht Bezirkssekretär

Mayer-Freiburg); 3. Wünsche und Anträge. Zu Punkt 1 wurde für die schon bestehenden Jugendgruppen Lörach, Zell, Schönau der Verammlungsplan festgelegt. Die Verammlungen finden nunmehr alle zwei Wochen statt. Für Steinen, Söfstein und Raulburg wurde die Möglichkeit einer Jugendgruppengründung gemeinsam für die drei Ortsgruppen besprochen. An Pfingsten wird eine Wanderung stattfinden über den Feldberg, Titisee, Schluchsee und St. Blasien. Eine zweite Wanderung steht als Ziel das Schauinsland vor, bei der auch das Bezirksbanner an die in der Werbeaktion aktivste Gruppe übergeben werden soll. Kollege Strittmatter gab den Verammlungsplan bekannt, der von der Konferenz gutgeheißen wurde. Beschlüsse und Anträge zur Ausgestaltung der Gruppenverammlungen folgten. Ende August findet dann eine weitere Konferenz statt, in der die Herbst- und Winterarbeit besprochen wird. Punkt 2: Bezirkssekretär Mayer (Freiburg) behandelte in seinem Vortrag das Thema: „Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftsjugendbewegung“. Er kennzeichnete die Lage der heutigen Jugend und die Bestrebungen der radikalen Parteien, die Jugend für ihre Zwecke zu gewinnen. Unsere Aufgabe ist, sich dahingehend zu betätigen, die jugendlichen Textilarbeiter unserer Bewegung zuzuführen, um sie zu charaktervollen Menschen, tüchtigen Gewerkschaftlern und Staatsbürger heranzuziehen. — Zur beruflichen Fortbildung der Jugendlichen hat der christliche Textilarbeiterverband durch Eingaben und Verhandlungen mit den zuständigen Stellen es erreicht, daß in Lörach ein Textilschulhaus stattfindet und Zuschüsse seitens der badischen Regierung an Bedürftige gewährt werden, so daß auch solche die Textilschule in Reutlingen (Württemberg) besuchen können. Mit einem Appell an die Anwesenden, in der Bewegung mitzuarbeiten, die zur Verfügung stehenden Mittel zu benutzen, um unser Wissen zu bereichern, damit der Aufstieg der Arbeiterklasse weiterhin vorwärtsschreitet, schloß der Redner seinen Vortrag. Der Konferenzleiter Kollege Strittmatter dankte dem Redner für seine Darlegungen. Unter Punkt Wünsche und Anträge wurden noch einige bedeutende Fragen behandelt, so die Aufgaben und Ziele der D. S. A. und der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Die Auswirkungen der Notverordnung wurden näher beleuchtet und die erforderliche Aufklärung gegeben. Der Kollege Strittmatter dankte zum Schluß allen Anwesenden und Mitarbeitern und gab der Hoffnung Ausdruck, bei der nächsten Konferenz über weitere Erfolge in der Jugendbewegung berichten zu können. D. Sprich.

### Berichte aus den Ortsgruppen

Ahaus. Am Sonntag, dem 16. März, fand die diesjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Rund 200 Mitglieder konnte der Vorsitzende, Kollege Heinrich Deiters, bei Beginn der Versammlung begrüßen. Sein besonderer Gruß galt dem Geschäftsführer unseres Geschäftsbezirks, Kollegen Johann Riehnhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß im Jahre 1931 der Herr über Leben und Tod die Kollegin Sophie Reckhoff aus diesem Leben abgerufen habe. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Den unter Punkt 1 vorgesehenen Geschäftsbericht der Ortsgruppe erstattete Kollege Deiters. Der Kassierer, Kollege Wilhelm Lubich sen., trug den Kassenbericht vor. Nach Dankesworten des Vorsitzenden an den Kassierer wurde letzterem Entlastung erteilt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht war ersichtlich, daß auch im abgelaufenen Geschäftsjahre reges Leben in der Ortsgruppe herrschte und sehr vieles zum Nutzen der Mitglieder geleistet wurde. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen wurden die Kassenverhältnisse als günstig bezeichnet. Als Delegierte der Ortsgruppe zur Bezirkskonferenz, die am 30. April und 1. Mai in Münster stattfand, wurden die Kollegen Deiters und Maraschlag gewählt. Diese nahmen die Wahl an und erklärten sich bereit, in der Mitgliederversammlung am 8. Mai ausführlichen Bericht über den Verlauf der Bezirkskonferenz zu erstatten. Der weitere Punkt der Tagesordnung sah die Neuwahl des Vorstandes vor. Einstimmig wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt, die auch sämtlich die Wahl wieder annahmen. Der Vorsitzende dankte im Namen der Vorstandsmitglieder für das Vertrauen, daß ihm durch die Wahl entgegengebracht sei. Er versprach, auch im kommenden Jahre seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung zu stellen. Gewerkschaftsarbeit, so betonte er, sei für ihn Dienst an Volk und Vaterland. Im Zusammenhang hiermit verbreitete er sich über die radikalen Strömungen im Reich und wies auf die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl für das deutsche Volk hin.

Der Geschäftsführer, Kollege Riehnhaus, gab einige Zahlen aus dem Jahresbericht für die Geschäftsstelle bekannt. Nach seinen Darlegungen wurden im vergangenen Jahre 1734 Auskünfte erteilt. Schriftstücke wurden 721 angefertigt und 316 Termine wahrgenommen. Der nachgewiesene materielle Erfolg für unsere Mitglieder durch diese Tätigkeit betrug 9558,66 RM. An Unterstützungen zahlte der Verband in unserem engeren Bezirk 15 809,50 RM. Aus diesen Zahlen allein, so schloß der Vortragende, wäre recht deutlich ersichtlich, wie notwendig in der wirtschaftlichen Krisenzeit eine starke Gewerkschaftsbewegung ist. Seine Darlegungen fanden reichen Beifall. Der Vorsitzende sprach dem Redner namens der Versammlung seinen Dank aus und fand damit die interessante Versammlung ihren Abschluß.

### † Sterbetafel †

Wih. Biermann, Jöllenbeck, 55 J. — B. Albers, Gronau, 72 J. — Gerh. Theissen, Aachen, 81 J. — Herm. Gesterheim, Bocholt, 43 J. — Math. Gottschalk, Aachen, 63 J. — Klara Schmitz, Krefeld, 47 J. — Kath. Kall, Aachen, 79 J.  
Ruhe in Frieden!

### Bekanntmachung

Die Generalversammlung vom 2. März 1932 hat die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Als Liquidatoren machen wir dies hiermit bekannt und fordern die Gläubiger der Genossenschaft auf, sich bei der Genossenschaft zu melden. Eigenheim-Genossenschaft „Bergisch-Land“, e. G. m. b. H. Düsseldorf, Florastraße 7.

J. L. Peter Kufbaum, Johann Müller.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Aus dem Geiste. — Im alten Geleise. — Gegen weiteren Lohnabbau. — Bolschewismus. — Strukturwandlungen in der Textilarbeiterjugend. — Vorstandssitzung der Reichsanstalt. — Portugal richtet Arbeitslosenfürsorge ein. — Feuilleton: Die Organisation der städtischen Wohlfahrt. — Allgemeine Rundschau: Arbeitskämpfe in Holland. — Verordnung über die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes. — Die Zahl der Handwerkslehrlinge geht ständig zurück. — Aus der Jugendbewegung: Konferenz der Textilarbeiterjugend des Bezirks Bielefeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ahaus. — Sterbetafel. — Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.